

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Selme, Fahrtenbrach, Düsseldorf, Florafstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Krefeld, Duff. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 23

Düsseldorf, den 11. Juni 1932

Verfandort Krefeld

Politische Krise!

M. Die Gegner des „Systems“ haben ihr Ziel erreicht. Der monatelangen Wühlarbeit gegen Brüning und seine Regierung ist es endlich gelungen, das Kabinett zum Rücktritt zu bringen. Nicht durch eine offene politische Entscheidung. War die Mehrheit, die das Kabinett im Reichstag fand, auch nur eine Mehrheit von 20 Stimmen, so ergab sich damit doch immerhin noch eine tragbare parlamentarische Basis für die Arbeit Brüning's und kein Anlaß zu einem Rücktritt. Der Sturz Brüning's, über den jetzt seine Gegner jubeln, ist nicht in der offenen politischen und parlamentarischen Feldschlacht erreicht worden, sondern durch unterirdische Wühlarbeit und Hintertreppenpolitik. Der Rücktritt Brüning's ist die Folge eines Intrigenspiels, das seinen Machern kaum jemals politische Ehre einbringen wird.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, über die politischen Konsequenzen des Rücktritts Brüning's und seines Kabinetts uns im einzelnen auszulassen, um so notwendiger aber ist es für uns, auf die soziale Bedeutung und die drohenden sozialpolitischen Folgen hinzuweisen. Insbesondere die Arbeiterklasse darf sich über die Ursachen und Hintergründe dieses Kabinettssturzes und das damit verfolgte Ziel der Gegner Brüning's und seiner Regierung nicht im Unklaren sein. Die äußerlichen Gründe des Kabinettsrücktritts: die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, sind nur letzte Auswirkungen dieser Ursachen. Seit Monaten schon besteht die Gegnerschaft insbesondere der maßgebenden Schwerindustrie und des Großagrarierums gegen Brüning. Jenen Kreisen ging es vor allem um die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und des Tarif- und Schlichtungswesens, also um einen grundlegenden Wandel in der deutschen Sozialpolitik. Schon längst ging das Bemühen dahin, insbesondere den Arbeitsminister Dr. Stegerwald, der diesen Bestrebungen mit dem ganzen Einsatz seiner Person entgegenstand, zu beseitigen. Wir erinnern nur daran, daß

die Schwerindustrie unter dem Druck gestellt wurde, eine Umstellung seines Kabinetts vorzunehmen und dabei den Reichsarbeitsminister fallen zu lassen. Noch in den letzten Wochen ist dieser Vorstoß gegen das Arbeitsministerium mit verstärktem Nachdruck wiederholt worden. Es gelang damals und auch später jenen Kreisen nicht, ihr Ziel zu erreichen. Der Reichskanzler deckte die Politik des Arbeitsministers voll mit seiner eigenen Person und gab den Forderungen auf eine solche Umbildung der Regierung nicht nach. Das gab für die politische Einstellung jener Hintermänner den Ausschlag. Was durch eine Umbildung des Kabinetts Brüning so nicht erreicht wurde, soll jetzt durch den Sturz der Regierung Brüning erreicht werden: freie Bahn für die Aufhebung der Sozialversicherung und ihre Umbildung zur Fürsorge, d. h. Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung, Herabsetzung der Leistungen usw. und Beseitigung des bestehenden Tarifvertragswesens. Aufhebung der Verbindlichkeitsverpflichtungen und Freigabe der Löhne zur „betrieblichen Regelung“, also Zerschlagung des Tarifwesens überhaupt. Zu den sozialpolitischen Gegnern gesellten sich die Großagrarier, insbesondere die Besitzer jener ostelbischen großen Güter, die nach den Plänen der Regierung als nicht landwirtschaftlich der Siedlung zugeführt werden sollten. Es gelang dem Reichspräsidenten diese Siedlungspläne, nachdem die Reichsregierung sich nicht bereit fand, die von den Großagrarier geforderten Lieberpreise zu zahlen, als „Agrarbolkschennisus“ anzuzuhängen und insbesondere Stegerwald zu verdächtigen, daß diese Siedlungspolitik auf eine Sozialisierung und Enteignung hinauslaufe. Schließlich wußte man dem Reichspräsidenten offenbar klar zu machen, daß die Regierung Brüning den Notwendigkeiten einer sogenannten „Konzentration aller nationalen politischen Kräfte“ nicht genüge und in diesem Sinne eine Umbildung des Kabinetts notwendig sei. Der Reichspräsident hat jenen Wünschen entsprochen und damit die Bahn für eine Neuorientierung der politischen Führung freigegeben.

Wir wiederholen: Wir wollen über die Frage der politischen Notwendigkeit jener Maßnahmen hier nicht rechten. Die Frage aber muß aufgeworfen werden: Was wird nun? Wird in einer solchen neuorientierten Staatsführung auch die Garantie der Wahrung der sozialen Belange der deutschen Arbeiterklasse, wie die bisherige Regierung sie bot, gegeben sein? Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in dem neugebildeten Kabinett kein einziger Vertreter der organisierten Arbeiterklasse der Regierung angehört. Das besagt viel. Während jene Kreise der Schwerindustrie und der Großagrarier, die als Hintermänner die politische Wandlung betrieben haben, an den einflussreichsten Stellen des Kabinetts ihre Vertretung finden, ist die organisierte Arbeiterklasse in dieser Regierung selbst vertretenlos. Das bedeutet, daß es für die Arbeiterklasse ungemein schwer, wenn nicht unmöglich sein wird, in der neuen Regierung selbst ihre Interessen wahrzunehmen. Man kann sich nicht damit trösten, daß man die gegenwärtige Regierung nur als ein Uebergangskabinett bezeichnet. Wenn dieser Uebergang für die politische Berücksichtigung der Arbeiterklasse schon so negativ ist, dann muß im Gegenteil die Frage gestellt werden: Wie wird

„Nationale Konzentration“ - ?

Gleichgültig, wie man parteipolitisch über die Frage der Kabinetts-Umbildung denken mag, eines ist unbestritten: 19,5 Millionen Wähler haben durch diese Regierungs-Umbildung, die der Reichspräsident für notwendig hielt, eine herbe Enttäuschung erlebt. 19,5 Millionen Deutsche, die wahrlich nicht die schlechtesten sind. Sie gaben bei der Reichspräsidentenwahl am 13. April Herrn Hindenburg ihre Stimme, weil sein Name ihnen Garantie für die Fortführung einer Politik der Stabilität, für die Beibehaltung des geraden politischen Kurses schenkte. Sie gaben ihm ihre Stimme, nicht weil sie von dieser Entscheidung die Erfüllung billiger Interessen-Sonderwünsche erwarteten, sondern weil sie unter Zurückstellung persönlicher Sonderwünsche oder Ständes-Interessen das Gesamtwohl des Volkes und seine Zukunft sahen und bereit waren, dafür einzutreten und — zu opfern. Darum waren sie wahrlich nicht die schlechtesten und wahrlich nicht weniger national als manch andere, die das Wort „national“ für sich in Erbpacht genommen zu haben glaubten.

Mit der Begründung, daß es notwendig sei, eine Regierung der „nationalen Konzentration“ zu bestellen, sind jene 19,5 Millionen Deutsche — die überwiegende Hälfte der deutschen Wählerschaft — jetzt politisch beiseite geschoben worden und praktisch um ihren politischen Einfluß in der Reichsregierung gebracht.

Man kann berechtigterweise die Frage stellen, ob jene 19,5 Millionen Wähler durch ihre Stellungnahme bei der Reichspräsidentenwahl nicht eine andere politische Entscheidung erwarten dürften. Aber die Politik kennt bekanntlich keine Sentimentalitäten, sondern nur nüchterne politische und wirtschaftliche Tatsachen. Diese Tatsachen gilt es jetzt zu sehen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Man kann zunächst in historischer Würdigung der Person Hindenburgs hoffen, daß auch seiner gegenwärtigen politischen Entscheidung wie bereits früher einmal ein positives sozialpolitisches Ziel auf seine Stirn gezeichnet ist. Sein wiederholtes Bekenntnis zur Verfassung bekräftigt diese Hoffnung. Schon einmal hat der Reichspräsident durch sein politisches Handeln sich in einen offensibaren Gegensatz zu seinen Wählern begibt: jenen Kreisen gestellt, die seine Wahl trugen. Freilich unter wesentlich anderen Bedingungen als heute. Damals, als Hindenburg zum ersten Male als Reichspräsident gewählt worden war, stellte er sich in seinem politischen Handeln gegen jene reaktionären Kreise, die seine Person zu ihren unsozialen Bestrebungen mißbrauchen wollten. Er ward zum Führer aller jener positiv-aufbauwilliger Kreise, die vordem gegen ihn standen und gegen ihn stehen mußten, weil sie jene reaktionären Bestrebungen erkannten. So liegt die Kombination wohl nahe, daß der Reichspräsident auch in seiner neuerlichen Stellungnahme in entgegengesetztem Sinne staatspolitisch positiv handelt, indem er jene Kreise, die seinem bisherigen Wirken bezw. den Bemühungen der Brüning-Regierung feindlich gegenüberstehen, zu positiver Mitarbeit zwingt und verantwortlich macht. Ob freilich Zeit und Art eines solchen „Bekehrungswerkes“ günstig gewählt sind, scheint zum mindesten reichlich zweifelhaft.

Aber selbst, wenn man so bestrebt ist, aus der letzten politischen Entwicklung mit unbedingtem Glauben an Hindenburg und starkem Optimismus ein positives, staatspolitisches Bestreben des Reichspräsidenten zu kombinieren, bleiben neben den rein politischen Bedenken doch so starke soziale Befürchtungen bestehen, daß es für alle, den sozialen Volksstaat bejahenden Elemente notwendig ist, auf der Hut zu sein.

Selbst wenn man voll und ganz auf den Boden unserer optimistischen Kombination (die immerhin eben nur Kombination ist) tritt, wird man zugeben müssen, daß unter den gegebenen Verhältnissen stärkste Gefahr besteht, daß entgegen dem Willen des Reichspräsidenten oder unter Verfälschung seines ehrlichen Willens sich Männer an die Stelle des gegangenen Steuerministers stellen, die das Steuer nach ihren Zielen richten und der politischen Führung ihren Kurs geben: den Kurs der politischen und sozialen Reaktion. Ueber die Folgen einer solchen Ent-

wicklung braucht kaum viel gesagt zu werden. Die Ziele jener Dunkelmänner und Reaktionäre, die seit Monaten den Sturz Brüning's und seines Kabinetts erstrebt haben, sind fast allgemein bekannt. So drohen dem deutschen Volke ernste Gefahren. In erster Linie vor allem jener Volkschicht, die in ihrer überwiegenden Mehrheit zu Hindenburg stand und für ihn den Ausschlag gab: der deutschen Arbeiterklasse. Wenn sie nicht will, daß ihre Entscheidung für Hindenburg durch politische Demagogie ins Gegenteil und zum eigenen Verderben verfaßt wird, dann muß sie die Augen offen halten und bereit sein, notfalls auch in diese Entwicklung einzugreifen, um die Rechte des sozialen Volksstaats zu wahren.

Voraussetzung dafür ist politische Wachsamkeit und gewerkschaftliche Aktivität!

Kein Arbeitsminister!

Die Befürchtungen, die man in sozialpolitischer Hinsicht anlässlich der Regierungsumbildung hegen mußte, sind leider außerordentlich rasch durch eine bedenkliche Tatsache bestätigt worden: Die neue Regierung ist gebildet worden ohne die Berufung eines Arbeitsministers. Der neue Reichskanzler hat den Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold mit der kommissarischen Leitung des Ministeriums beauftragt. Bekanntlich bemühte sich der neue Reichskanzler zunächst, den ehemaligen Preislenkungs-Kommissar, den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, für die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums zu gewinnen. Herr Dr. Goerdeler hat dieselbe abgelehnt.

Diese Ablehnung des Herrn Goerdeler ist ebenso aufschlußreich wie die kommissarische Uebernahme des Arbeitsministeriums durch Prof. Warmbold. Herr Dr. Goerdeler hat in seiner praktischen Betätigung als Preislenkungs-Kommissar ebenso wie bei seiner wiederholten Ablehnung der Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums eine erstreutlich positive sozialpolitische Einstellung gezeigt. Es gelang jenen sozialreaktionären Kreisen, die seit Monaten auf die Beseitigung der Sozialversicherung hinstrebten, nicht Dr. Goerdeler vor ihren Karren zu spannen. Man muß vermuten, daß Herr Dr. Goerdeler auch jetzt die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums ablehnte, weil er sich nicht bereit fand, jene sozialreaktionären Pläne, auf die man ihn offenbar festlegen wollte, durchzuführen.

Demgegenüber hat Prof. Warmbold, der jetzt mit dem Wirtschaftsministerium zugleich die kommissarische Leitung des Arbeitsministeriums übernommen hat, bereits in seiner Mitarbeit in der vorigen Regierung eine Einstellung zu den sozialpolitischen Fragen gezeigt, die wiederholt in scharfem Gegensatz zu der Stellungnahme Stegerwalds und Brüning's stand. Bekanntlich ist auch sein Ausscheiden aus der vorigen Reichsregierung darauf zurückzuführen, daß er gewisse sozialpolitische Maßnahmen der Reichsregierung — insbesondere die Finanzierungspläne der letzten Regierung zur Arbeitsbeschaffung — als „wirtschaftlich untragbar“ ablehnte. Herr Warmbold tendierte so von jeher stark mit jenen Kreisen der Schwerindustrie, die gegen die Sicherung und Fortführung der bisherigen Sozialpolitik standen.

Man muß, nachdem dessenungeachtet jetzt Herr Warmbold das Arbeitsministerium mit übertragen bezw. daselbe nach den Wünschen der Schwerindustrie an das Wirtschaftsministerium angehängt worden ist, außerordentlich ernste Befürchtungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der deutschen Sozialpolitik hegen. Es sei nur erinnert an die schwebenden Pläne bezüglich der Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge und an die weiteren Reformmaßnahmen in der Invaliden- und Unfallversicherung. Die daran interessierten Kreise, insbesondere aber die Arbeitnehmer, haben alle Veranlassung, die Augen offen zu halten und sich auf allerhand Möglichkeiten einzustellen. Sie können das am besten durch eine ausreichend starke gewerkschaftliche Sicherung und Rückendeckung!

dann erst das endgültige Ergebnis jener politischen Entwicklung sein?

Für die Arbeiterklasse ergeben sich aus diesen Tatsachen außerordentlich ernste Schlussfolgerungen: Sie wird in der kommenden Entwicklung nicht mehr auf jene politische Rückendeckung und Vertretung im Kabinett rechnen können, die sie bisher durch den Arbeitsminister Stegerwald und ebenso durch den Reichskanzler Brüning fand. Das Gegenteil ist zu befürchten. Jene Forderungen auf Beseitigung der Sozialversicherung, des Tarif- und Schlichtungswesens usw. drohen umso leichter jetzt Verwirklichung zu finden, als einerseits der Einfluß jener Kreise in der Regierung selbst ausschlaggebend gesichert ist und zum anderen der politische Einfluß der Arbeiterklasse im Kabinett verloren zu gehen droht. In gleichem Maße, als dieser politische Einfluß der Arbeitnehmer gefährdet ist, steigt die Bedeutung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Man mag die Entwicklung poli-

tisch sehen wie man will, eins ist unbestritten. Wenn in den kommenden Monaten die Arbeiterklasse ihre sozialen Belange gegenüber den Bestrebungen gewisser reaktionärer Kreise überhaupt noch wahren will, dann ist das nur möglich durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe. Das sollte auch dem letzten Arbeitskollegen in diesen Tagen von uns klar gemacht werden. Es geht dabei um Belange, von denen die Existenz Hunderttausender von Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Beschäftigten abhängt. Es geht um die Frage, ob die Arbeiterklasse die gewerkschaftlichen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte preisgeben will oder in der Lage ist, ihre Interessen durch geschlossene Organisationen, notfalls auch durch den gewerkschaftlichen Kampf der organisierten Selbsthilfe zu verteidigen und zu halten. So führt die Betrachtung dieser politischen Entwicklung mit doppelter Eindringlichkeit zu der Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe.

Der wahre Grund

Knapp drei Wochen vor der Lausanner Konferenz hat die Regierung Brüning dem Reichspräsidenten ihre Demission überreicht. Damit ist eine Entwicklung zu ihrem Ergebnis gereift, die im September des vergangenen Jahres einsetzte. Die Regierung ist von ihren Gegnern aus innerpolitischen Gründen gestürzt worden, obwohl außenpolitische Fragen kurz vor ihrer letzten Entscheidung stehen. In all diesen außenpolitischen Fragen, deren Thema die Lausanner Konferenz bildet, besteht im ganzen deutschen Volk Einigkeit. Die innerpolitischen Gegner der Regierung haben es vorgezogen, die zweijährige außenpolitische Arbeit dieser Regierung um wirtschafts- und finanzpolitische Fragen zu zerstören. In den letzten Tagen haben sich die Ereignisse so überschlagen, daß es für die Öffentlichkeit kaum festzustellen ist, welche Ursachen direkt zu der Demission der Regierung führten. Es ist aus den verschiedensten Quellen bekannt geworden, daß der Reichslandbund, unterstützt von gewissen Teilen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, dem Herrn Reichspräsidenten die Entlassung der Regierung Brüning vorgeschlagen hat. Nach außen ist als Stein des Anstoßes die Person des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald gestellt worden. Der Entwurf über das Siedlungsprogramm, welches im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet worden ist, hat die scharfe Gegnerschaft des Großgrundbesitzes gefunden. Zu diesen Gegnern haben sich die Gruppen der Schwerindustrie gesellt, die von dem Kanzler eine grundlegende Forderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verlangten. Die Wünsche dieser Gruppen sind die alten, d. h. eine vollständige Aufhebung des Schlichtungswesens mit seiner Verbindlichkeitserklärung und eine Auflockerung des Tarifwesens. Diese Forderungen wurden von den Gruppen gestellt, die dank der fürsorglichen Maßnahmen der Reichsregierung durch die mannigfachen Wege staatlicher Subventionen noch mit ihren Betrieben zu Lasten der gesamten Steuerzahler durchgehalten wurden.

Alle die Kräfte, die sich seinerzeit in Harzburg in der Opposition gegen die Regierung fanden, haben sich in den letzten Wochen erneut zusammengesetzt mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. Vor allem hatten sie es auf den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald abgesehen. Der Reichsarbeitsminister hat in den zwei Jahren mit all der Aktivität, die ihm eigen ist, die Sozialpolitik und die Lohnpolitik, die er in seinem Ministerium zu betreiben hat, den scharfen Angriffen gegenüber verteidigt. Die Vorverordnungen zeigen, daß er den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen hat und sich nicht scheute, auch den Arbeitnehmern eine Last aufzuerlegen, die die Regierung um des außenpolitischen Zieles willen für notwendig ansah. Bei all diesen Lasten jedoch hat er sich stets schützend vor die Grundlagen der Lohnpolitik und der Sozialpolitik gestellt. Sein Kampf galt der Aufrechterhaltung des Schlichtungswesens und der Grundlagen der Sozialversicherung. In allen seinen Reden hat der Reichsarbeitsminister betont, daß die finanziellen Kürzungen und die notwendigen Einschränkungen geschahen, um den Grundgedanken der Versicherung in der Arbeitslosenversicherung oder das Schlichtungswesen mit der Verbindlichkeitserklärung auch durch diese Kräfte hindurchzubringen. Seinen Gegnern sind die Lasten, welche die Vorverordnungen auf die Arbeitnehmerschaft gelegt hat, nicht groß genug gewesen und die scharfen Einschränkungen im Lohnniveau nicht hoch genug. Sie forderten die vollständige Aufhebung der Arbeitslosenversicherung und vor allem die Zerstörung des Tarifwesens und des damit eng zusammenhängenden Schlichtungswesens.

Auch die Tatsache, daß der Referentenentwurf über die Siedlung die Krise zum Durchbruch gebracht hat, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß Stegerwald auf dem rechten Wege mit seinem Entwurf gewesen ist. Es galt, die Arbeitslosen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf dem Wege der Siedlung wieder leistungsfähig zu machen. Vor ungefähr vier Wochen waren hervorragende Vertreter des Zechenverbandes in Berlin und haben beim Reichsarbeitsminister die sofortige Umsiedlung von 100 000 Bergarbeitern nach Ostdeutschland gefordert. Der Reichsarbeitsminister hat diesen Herren erklären müssen, daß sie ihrerseits doch bei ihren Freunden in der Großlandwirtschaft dafür werben sollen, daß der Widerstand gegen die Pläne der Regierung eingestellt wird. Er konnte darauf hinweisen, daß bei ihm und seinem Ministerium sowie in der Regierung die ernste Absicht bestand, die Arbeitslosennot zu beseitigen und durch Umsiedlung die Arbeits-

Reaktion im Vormarsch!

Die Arbeit im Dienste unserer Bewegung war von jeher mühevoll und an Opfern reich. Die Kurzsichtigkeit und Unkenntnis weiter Schichten im Arbeitnehmlager sorgten dafür, daß dem Förderer des Gewerkschaftsgedankens nicht nur ungetrübte Freude zuteil wurde. Ebenso waren es die vielen Gegner einer selbständigen Arbeiterbewegung, die der Arbeit zur Förderung derselben stets Steine in den Weg legten. Aber allen Mühen und Hindernissen trotzend, ist die Bewegung dennoch gewachsen. Sie ist groß und stark geworden. Das ist ganz zweifellos der Erfolg zäher und nie erlahmender Arbeit. Der Arbeit, die in Fabrik und Werkstatt in Ortsgruppe und Zahlstelle, jahraus, jahrein, geleistet wurde. Immer dann, wenn die Widerstände gegen die Bewegung sich gewaltig auftrübten, wenn die vereinten Gegner den entscheidenden Vernichtungsschlag gegen dieselbe zu unternehmen gedachten, bewährte sich die Treue und Opferbereitschaft ihrer Anhänger.

Auch die Gegenwart mit ihren Sorgen und Nöten, mit Millionen aus dem Wirtschaftsprozess ausgestoßener Menschen, denen das Notwendigste fehlt, ist unserer Bewegung nicht günstig. Lähmender Pessimismus und die Angst, morgen auch zu den Ausgestoßenen zu gehören, liegt auf der Arbeiterschaft. Mancher wackere Förderer unserer Sache wird vom Schicksal der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Die Lücken, die dadurch in dem Vertrauensmännerapparat des Betriebes entstehen, lassen sich nur schwer ausfüllen. Der Radikalismus, jener Feind positiver Arbeit und organischen Wachstums, schießt üppig empor. Sein Ziel ist, Eroberung der Gewerkschaften, Eroberung der Macht und Errichtung der Diktatur. Um die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen, sollen die Betriebe zunächst erobert werden. Deshalb wird dort in ganz besonderer Weise gehetzt. Vielfach geschieht dies unter Duldung, ja Förderung durch die Arbeitgeber.

Die Gegner der Gewerkschaften in Unternehmerlager haben die Situation erfaßt. Sie sind auf der ganzen Linie gegen die Errungenschaften einer Jahrzehntelangen und an Opfern reichen Gewerkschaftsarbeit zum Angriff übergegangen. Der Lohn, als Entgelt für geleistete Arbeit, wird immer stärker beschnitten. Das Recht auf Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes wird mehr und mehr in Frage gestellt. Tarifvertrag und Schlichtungswesen werden besonders stark angefeindet. Die Sozialversicherung, die Hoffnung der Arbeitnehmer in Tagen der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität, soll solange saniert und reformiert werden, bis den Vericherten an der Aufrechterhaltung derselben nichts mehr liegt. Wenn nämlich die Unterstützungen und Renten soweit herabgesetzt sind, daß sie keine wirksame Hilfe mehr zu bieten vermögen, dann verliert die ganze Sache ihren Wert. Dann lohnt es sich nicht mehr, für sie dauernd hohe Beitragsleistungen aufzubringen.

So ist allenthalben, unter Ausnutzung der für die Arbeitnehmer schwierigen Situation, die Reaktion im Vormarsch. Leider leisten ihr weite Kreise der Arbeiterschaft selbst dabei Vorschub. Vor allem jene Arbeiter, die trotz des Erstes ihrer Lage den Gewerkschaften den Rücken kehren. In derselben Zeit, wo andere Volksgruppen in ihren Organisationen näher zusammenrücken, um ihre Standesinteressen zu vertreten — je-

oft gegen die Belange der Arbeitnehmer — da verlassen sie feige den Kampfplatz. Andere schließen sich radikalen Gruppen und Parteien an, von ihnen Besserung ihrer Lage und Erfüllung ihrer Wünsche erhoffend. In ihrem blinden Radikalismus sehen sie nicht, wie sie der Reaktion in die Hand arbeiten, sehen sie nicht, wie letztere gerade im Rechtsradikalismus ihren besten Verbündeten sieht und ihn deshalb unterstützt und fördert.

Die Arbeiterschaft kann ihr Heil und die Verbesserung ihrer Lage von keiner Partei erwarten. Gerade in Zeiten der Not und Spannung wachsen die Parteien wie Pilze aus der Erde. Sie kommen und gehen. Wirkliche Standesarbeit aber, ist Arbeit auf lange Sicht. Eine Partei kann sie niemals leisten. Nur die Berufsorganisation vermag sich einer solchen Arbeit anzunehmen. Parteien und Gruppen, die das Gegenteil behaupten, gehen nur darauf aus, den Arbeiter zu ködern. Sie stehen vielfach im Solde der Scharfmacher.

Kann es in dieser aufgewühlten, von Not und Elend geschwängerten Zeit für den einsichtigen Arbeitnehmer zweifelhaft sein, was die Standesolidarität und das Wohl seiner Familie von ihm erfordern? Kann es für ihn zweifelhaft sein, wo er den Einsatz wagen soll? Die Berufsorganisation, die Gewerkschaft, hat in der Vergangenheit tausendfach bewiesen, daß sie die wahre Befreierin der Arbeitnehmerinteressen ist. Freilich bedarf sie, um die Belange der Mitglieder mit Erfolg wahrnehmen zu können, tätiger Mitarbeit in all ihren Gliederungen. Das erfordert manymal Opfer. Gewiß, diese Opfer mögen oft nicht leicht zu bringen sein. Aber ohne sie, ohne die Arbeit der Verbandspioniere ist die Organisation nicht lebensfähig.

Nicht minder schwer wie das persönliche Opfer der Mitarbeit, ist in dieser Notzeit für viele Mitglieder gewiß auch das finanzielle Opfer, das die Organisation dem einzelnen Mitglied auferlegen muß. Je mehr die Not auch in die Kreise unserer Mitglieder eindringt, um so größer werden die Verpflichtungen, die sie einzulösen hat. Deshalb kann der Verband, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, auf die sachungsmäßigen Beiträge nicht verzichten. Mitglieder, die den Ernst der Stunde verstehen und den Wert der Organisation voll erkennen, zahlen, wenn irgend möglich, freiwillig höhere Beiträge.

Ohne Zweifel ist der Ausgang des Kampfes, der gegenwärtig um die sozialen Belange der Arbeitnehmer geführt wird, für letztere von größter Bedeutung. Es handelt sich darum, ob die Arbeiterschaft sozial um 20 bis 30 Jahre zurückgeworfen wird, oder ob sie bei anstehender Konjunktur auf dem jetzt Bestehenden weiter aufbauen kann. Die Reaktion auf der ganzen Linie will den Rückschlag. Die Gewerkschaften dagegen wollen den weiteren Ausbau des Sozialrechts. Deshalb ist die Entscheidung für jeden denkenden Arbeiter nicht schwer. Weil wir uns nicht zu Heloten des Kapitals erniedrigen wollen, weil wir uns verantwortlich fühlen unseren Familien, unseren Standesgenossen gegenüber, weil wir freie deutsche Bürger sind und keine Knechtsnaturen, deshalb leisten wir jetzt trotz aller Bedrängnis erst recht praktische Arbeit im Dienste unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

losen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wieder nach dem Osten zu bringen, aus dem sie und ihre Wäiter ausgewandert waren, um in der Großindustrie des Rheinlandes ihr Brot zu finden. Diese Folgerungen, die der Reichsarbeitsminister aus der wirtschaftlichen Entwicklung ziehen wollte, hat der Reichslandbund aber nicht haben wollen. Er hat es verstanden, den Reichspräsidenten für seine Meinung zu gewinnen, so daß der Reichspräsident in seiner Besprechung mit dem Reichskanzler die Beseitigung Stegerwalds aus dem Kabinett forderte.

Die Arbeitnehmerschaft wird dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald Dank wissen für seine Haltung, wenn sie auch im Laufe der letzten zwei Jahre den Minister manchmal hat sehr scharf angreifen müssen.

Darüber hinaus aber wird die Arbeitnehmerschaft aus der gegenwärtigen Situation die richtigen Konsequenzen zu ziehen wissen. Sie kann sich nicht auf Glück oder Unglück der künftigen Entwicklung einfach verlassen, sondern ist angelegentlich des Vorgehens jener Kreise genötigt, auch ihrerseits aktiv die Dinge zu beeinflussen. Das

ist unter den gegebenen Verhältnissen nur möglich durch die Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses und die Herbeiführung unbedingter Beschlossenheit der Arbeitnehmerschaft in den gewerkschaftlichen Organisationen. Diese bieten der Arbeitnehmerschaft die einzige Gewähr für die Bekämpfung ihrer sozialen Errungenschaften und wirtschaftlichen Belange. Das ist die Lehre aus der politischen Entwicklung für die Arbeitnehmerschaft: Sicherung geschlossener und schlagkräftiger gewerkschaftlicher Organisationen!

Tariftündigung für die Pfalz

Die Unternehmer haben das Lohnabkommen für die pfälzische Textilindustrie zum 30. Juni 1932 gekündigt. Vorschläge zu dem Neuaufschluß der Verträge sind von den Unternehmern bisher nicht gemacht worden. Den Gewerkschaften wurde von den Arbeitgebern in Aussicht gestellt, Mitte Juni in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten.

„Goethe und die Textilindustrie“

Neben der Wirtschaftskrise ist in diesem Jahre Goethe der Gegenstand eingehender Betrachtungen. Alle anerkannten und bekannten literarischen „Größen“ der Gegenwart glauben an Kennzeichnung dieser überragenden Persönlichkeit ihr Scherlein beitragen zu müssen. Selbstsame literarische Blüten entspringen, denn das Wichtigste aus dem Leben Goethes ist schon bekannt, und der Schreiber muß schon Nebenbeschäftigungen aufsuchen. Aber fröhliche Köpfe entdecken immer noch „Lücken“, die nach ihrer Meinung unbedingt ausgefüllt werden müssen.

Herr J. Zukas in Fern hat sich eine Lücke entdeckt. In einer 15seitigen Schrift „Goethe und die Textilindustrie“, die im Verlag Juchli-Bach in Jülich erschienen ist und für 1,- RM. durch jede Buchhandlung bezogen werden kann, zeigt Herr J. Zukas, daß Goethe mit der textilen Kunst „in hohem Maße vertraut“ war.

Einige Auszüge aus der Schrift folgen genaugenau, und zwar als Schluß seines Vaters, der die Seidenraupenzucht zum Vergnügen betrieb. Er interessierte sich auch in seiner Jugend sehr für die Wachstumsweise des Joh. Bienen-Königsgel in Frankreich a. A. In späteren Jahren hielt er in der von ihm gegründeten „Freizeit-Gesellschaft“ einen Vortrag „Ueber die verschiedenen Zweige der hiesigen Tüchtigkeit“, in dem er erläuterte, das textile Gewerbe erwarbte. — „Im Kampf, vielleicht der größten Tüchtigkeit der Menschheit, gewährt der Züchter dem Arbeiter die Arbeit.“ — Ganz besonders aber beschäftigt sich Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ mit der Textilindustrie und dem fleißigen Volk der Spinner und Weber.

Das sind nach Herrn Zukas Gründe genug, um eine Schrift „Goethe und die Textilindustrie“ in Goethejahr erscheinen zu lassen.

Für den schweizerischen Verfasser mag die Erwähnung der textilen Arbeitsweise in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ sehr wertvoll sein; denn Goethe ließ sich die Arbeitsweise der Textilarbeiter in der Schweiz bei einer Weberfamilie in seine „Schwäbische Gleichnisse“ diktieren, als er „in keiner weiteren Beschreibung Anlaß fand“, wie er selbst schreibt.

Für uns Textilarbeiter hat die durch Herrn Zukas geordnete Darstellung der textilen Arbeitsweise nur gerade soviel Wert wie ein zwar meisterhaft geschriebenes, aber veraltetes Lehrbuch der Textilindustrie.

Der Nicht-Textiler aber wird diese an den Haaren herbeigezogene Verbindung zwischen Goethe und der Textilindustrie genau so hoch einschätzen wie die übrigen Goethebiographien, die betitelt sind „Goethe und die ...“ und nur entbehrliche Lücken ausfüllen sollen.

Buchbesprechung.

Thesaur Fontane: Vor dem Sturm. Mit einem Nachwort von Dr. J. Fjerner. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg.

Fontane, der klassische Dichter der Brandenburger Mark, hat in dieser Roman aus den Freiheitskriegen 1812/13 ein gewaltiges Romanwerk von bleibender historischer Bedeutung geschaffen. „Vor dem Sturm“, das bedeutet die Vorbereitung des Freiheitskampfes von 1812 in der Mark Brandenburg. Der Dichter hat das heilige Grotten der Sothepanung, das diesem Sturm vorausgegangen ist, zu einem grandiosen Kulturwunder gestaltet. Mit warmer Begeisterung, aber auch mit unbefangener Gerechtigkeit schildert er alle Beteiligten: Adel, Bürger, Bauern, Deutsche und Franzosen nicht zuletzt auch die geistigen Strömungen des Zeitalters der deutschen Erhebung. Gerade hierdurch wird dieser große Geschichtsepos in höchsten und besten Sinne gelungen. Man mag dem Wegweiser-Verlag die Herausgabe

des Buches, das durch ein erläuterndes Nachwort Dr. Fjerner's wertvoll bereichert wird, als besonderes Verdienst anrechnen.

Ernst Johansen: Station 3, Ein Roman, sechs Mann und vier Maschinen. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg.

Schauplatz der Begebenheiten, von denen das Buch in lebendiger Form und Sprache erzählt, ist ein Uniform-Werk, von sechs Arbeitern unter der Leitung eines Kommandeurs bedient. Das selbstquälende Sich-Einleben dieser Menschen aufeinander und zu ihren Maschinen, die ihnen zu Lebensinhalt und gemeinsamem Schicksal werden, ist Angelpunkt dieser Geschichte. Ein aufrechter, junger Mensch sucht dergleichen in jene Welt einzufügen, die Unterwürfigkeit fordert, und Verklammerung an Leib und Seele bringt. Er gibt, um nicht an seinem vergeblichen Widerstand gegen Knechtsinn und Fronzwang zu zerbrechen, schließlich den Kampf auf. — Eine Handlung, die ganz im Alltag verläuft. Nicht minder aber hat sie darum der Schöpfer dennoch in Wort und Sinn lebendig gefaltet und damit dem Buche menschlichen wie künstlerischen Wert gegeben.

Hermann Horn: Die Mannschaft des Neolus. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg. Dieser Fahrbericht der Neolus, eines Segelbootes und seiner Mannschaft, ist nicht allein packendes Geschehen äußerer Erlebnis und Abenteuer, sondern darüber hinaus eine eindringliche Schilderung wirklicher Gemeinschaft. — Nicht verdrängt in schöngeistiger Romantik, sondern herb und wahr, mit allen Schlägen und Wängeln, allen Unzulänglichkeiten und Wahrheiten des wirklichen Lebens behaftet. Das eben ist es, was das Buch über die Fülle durchschnittlicher Abenteuererschreibungen hinaussetzt, daß es wahrhaft lebendige Menschen zeigt, leben und sterben läßt wie sie sind — ohne Schönart und Phrasen und doch darum mit nicht weniger Liebe — und sie und ihr Schicksal uns doppelt nahebringt. Das Buch verdient Anerkennung und — Lesel!

Direktverkauf oder Konsumgenossenschaften?

Der Zusammenbruch der „Bereinigten Textilwerke Wagner & Moras, A.-G.“ ist geeignet, das Interesse der Öffentlichkeit erneut auf eine Frage zu lenken, die wiederholt von interessierten Kreisen diskutiert worden ist.

Besonders in den letzten Jahren ist unter dem Druck der Wirtschaftskrise und des erheblichen Kaufkraftrückganges von verschiedenen Seiten der Industrie der Versuch gemacht worden, durch Ausschaltung des Zwischenhandels einen verbilligten Absatz der Erzeugnisse direkt an die Konsumenten zu erreichen und damit die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Erzeugnisse gegenüber anderen über den Groß- und Einzelhandel abgesetzten Waren zu erhöhen. In Anbetracht der starken Aufblähung des Groß- und insbesondere des Einzelhandels in den letzten Jahren hat ohne Zweifel dieser Gedanke außerordentlich viel für sich und ist bei entsprechender Durchführung sehr wohl geeignet, zum erwünschten Erfolg zu führen. Wenn dabei allerdings die Auffassung gewisser interessierter Kreise so weit geht, daß dieser Direktabsatz von Waren an die Konsumenten bereits dem genossenschaftlichen Warenabsatz gleichkommt, so ist das ein grundsätzlicher Irrtum. So vornehmlich der privatwirtschaftliche Direktverkauf von Waren gegenüber dem Verkaufssystem über Groß- und Einzelhandel an sich sein mag, stellt er doch noch lange nicht dieselbe Einrichtung wie der konsumgenossenschaftliche Warenabsatz und Bezug dar.

Zunächst erfolgt die Durchführung des privatwirtschaftlichen Direktverkaufs von Waren naturgemäß ganz nach privatwirtschaftlichen Rentabilitäts- und Verkaufsgrundsätzen. Organisation der Verkaufsstellen, Reklame und Kundenwerbung ist rein privatwirtschaftlich. Ebenso ist die Kalkulation und Festsetzung der Preise rein nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert. Der Privatunternehmer oder, wie im Falle der Wagner & Moras A.-G., der Konzern hat lediglich das Interesse, durch eine Einsparung der Groß- und Zwischenhandelskosten den Gewinn und eigenen Nutzen zu erhöhen, den Verkauf also für eigene Rechnung rentabler zu gestalten. Eine Verbilligung der Preise erstrebt er nur insofern und führt er nur insofern durch, als sie unbedingt zur Unterbietung der Konkurrenzpreise notwendig ist.

Ganz anders dagegen die Preisgestaltung und der Warenabsatz im konsumgenossenschaftlichen Verkaufssystem. Hier erfolgt die Ausschaltung des preisverteuernden Zwischenhandels mit dem ausgesprochenen Ziel, nicht der Gewinnsteigerung, sondern der Senkung der Preise, die der Konsument zahlt. Hier erfolgt darüber hinaus die Festlegung der Preise nach der Kalkulation des mindestmöglichen Preises, also eines Preises, der unter Zugrundelegung der wirklichen Selbstkosten und geringsten Gewinnzuschläge bestimmt ist. Kundenwerbungs- und Reklamekosten können dabei gegenüber dem privatwirtschaftlichen Direktverkauf ganz erheblich reduziert werden; der im privatwirtschaftlichen Direktverkauf einkalkulierte zusätzliche Gewinn fällt völlig fort. Deshalb ist der konsumgenossenschaftliche Warenverkauf gegenüber dem Direktverkauf von Industrie- und Privatwirtschaft auch in der Preisgestaltung im Vorteil.

Ein Weiteres aber kommt hinzu, was nicht zuletzt für das vergebliche Bemühen der Industrie und Privatwirtschaft bestimmend ist, den konsumgenossenschaftlichen Warenabsatz durch einen Direktverkauf zu ersetzen. Der privatwirtschaftliche Direktverkauf wendet sich immer an den Käufer allgemein. Sein Abnehmer ist zunächst kein fester Kreis von Stammkunden; erst wenn seine Preisgestaltung und die Qualität seiner Waren wirklich der Konkurrenz erheblich und dauernd überlegen ist, wird er in der Lage sein, sich eine gewisse Stammkundschaft zu schaffen. Der konsumgenossenschaftliche Warenabsatz dagegen ist von vornherein auf einen festen Kundentamm, eben die genossenschaftlichen Mitglieder, eingestellt. Er sichert sich diesen Kundentamm neben der überlegenen Qualität seiner Waren und der günstigeren Preisbildung gegenüber dem privaten Kleinhandel durch die genossenschaftliche Mitgliedschaft. Sie macht das Unternehmen zum Eigenbetrieb der Konsumenten. Der Käufer weiß also, daß er in seinem Geschäft kauft, daß er nicht zum Gewinn eines anderen beiträgt, sondern den evtl. Ueberschuß des Verkaufs sich selbst zugute bringt. Er wird damit an sein konsumgenossenschaftliches Eigenunternehmen ganz anders gebunden als durch kostspielige Reklame- und Kundenwerbemethoden, wie die Privatwirtschaft sie notwendig hat und wie sie erfahrungsgemäß die Preisbildung derselben ganz erheblich verteuern.

Darum aber, weil der genossenschaftliche Warenverkauf nicht auf einen festen Mitgliederkreis eingestellt ist, hat derselbe auch viel stabilere Absatzgrundlagen und ist darüber hinaus viel besser in der Lage, sich eine feste Kalkulationsbasis über Umsatz zu schaffen. Während der privatwirtschaftliche Direktverkauf sich mehr oder weniger auf willkürliche Schätzungen des zu erwartenden Absatzes bei Warenerzeugung und Lagerbildung verlegen muß, hat der genossenschaftliche Warenabsatz hier sichere Grundlagen, die ihm eine stabile Produktion und Lagerbildung ermöglichen.

Gerade bei dem Zusammenbruch der Wagner & Moras A.-G. kommen jene Nachteile des privaten Direktverkaufs deutlich zum Ausdruck. Der Konzern, einer der größten Baumwollkonzerne in der deutschen Textilindustrie, erlitt nicht zuletzt in der Durchführung seines Direktverkaufs aus diesen Gründen Schiffbruch. Die großzügige Verkaufsorganisation, die mit über 200 Verkaufsstellen in den verschiedensten Orten Deutschlands unter der Firma „Kaufe aus erster Hand“ aufgezogen wurde, brachte dem Konzern nicht allein eine erhebliche organisatorische Belastung, sondern verleitete zu einer verfehlten Produktionsgestaltung und Lagerpolitik, die den Konzern weit über seine Tragbarkeit hinaus belastete. Von eingeweihten Kreisen wird nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt durch diesen Direktverkauf der Konzern zusammenbrach. Die Ueberlegenheit des genossenschaftlichen Warenabsatzes gegenüber dem privatwirtschaftlichen Direktverkauf wird damit erneut bestätigt. Ganz abgesehen von den ethischen wertvollen Momenten, die der konsumgenossenschaftliche Warenverkauf in seiner Idee der gemeinsamen wirtschaftlichen Eigenversorgung der Privatwirtschaft voraus hat.

Zusammenbruch eines neuen Textilkonzerns

Die am 20. Mai erfolgte Stilllegung der „Bereinigten Textilwerke Wagner & Moras A.-G.“ hat weit über den Kreis der direkt betroffenen Arbeitnehmerschaft hinaus berechtigtes Aufsehen erregt. Das Unternehmen galt noch bis zuletzt als eines der bestsituiertesten der Branche und zählte zu den bedeutendsten Konzernen der deutschen Baumwollindustrie überhaupt. Die folgenden Mitteilungen, die wir schon vor Veröffentlichung des in Kürze zu erwartenden Revisionsberichtes von gut unterrichteter Seite erhalten, verdienen deshalb besondere Beachtung.

Die verschiedenen dem Konzern der „Bereinigten Textilwerke Wagner & Moras A.-G.“ angeschlossenen Betriebe gehören zu jenen wenigen Werken in der deutschen Baumwollindustrie, die noch bis vor kurzem trotz der Wirtschaftskrise gut beschäftigt waren und zum Teil sogar im Mehrschichten-System bezw. mit Doppelschicht arbeiteten. Umso überraschender mußte die Mitteilung des Aufsichtsrates der Gesellschaft wirken, daß dieselbe wegen finanzieller Schwierigkeiten gezwungen sei, ein Vergleichsverfahren einzuleiten. Diese Mitteilung überraschte umfomehr, als selbst in gut informierten Kreisen noch bis kurz vor dem Eintritt der Katastrophe das Unternehmen als gesund galt und fast keine Anzeichen vorhanden waren, die ein derartiges plötzliches Ende ahnen ließen. Offenbar waren sich dabei selbst der Vorstand und Aufsichtsrat des Konzerns zunächst über die Tragweite der finanziellen Schwierigkeiten, auch noch nach der Feststellung derselben, längt nicht im klaren. Das bestätigt folgender Beschluß des Aufsichtsrates vom 4. Mai 1932 mit dem in Berlin die Einleitung des Vergleichsverfahrens beantragt wurde:

Der Aufsichtsrat der „Bereinigten Textilwerke Wagner & Moras A.-G.“ beschließt, „den Vorstand zu beauftragen, zum Zwecke der Sanierung der Gesellschaft das Vergleichsverfahren einzuleiten. Der Zweck der beabsichtigten Sanierung soll sein, die Betriebe der Gesellschaft weiterzuführen und den mit Erfolg eingeleiteten Verkauf der Waren in eigenen Läden in unveränderter Weise fortzusetzen resp. weiter auszubauen. Gleichzeitig sollen die bereits angebahnten Verhandlungen wegen Bereitstellung neuer Mittel fortgeführt werden.“

So konnte man annehmen, daß es sich bei dem am 24. 4. er. eingereichten Stilllegungsanliegen tatsächlich, wie die Firma es erklärte, um eine „vorsorgliche“ Maßnahme handele, und der Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens auch nach Einleitung des Vergleichsverfahrens noch immer mit der Fortführung der Werke rechne.

Wiederum um so überraschender und besonders bei der betroffenen Arbeiterschaft verständliche Verbitterung erregend, erfolgte im Gegensatz zu dieser Versicherung am 9. Mai in der stattgefundenen gemeinsamen Stilllegungsverhandlung der Antrag der Firma auf völlige Stilllegung sämtlicher Betriebe (mit Ausnahme des Reichenauer Betriebes) bei verkürzter Sperrfrist. Die angekündigte Stilllegung ist inzwischen erfolgt und damit eine Arbeiterschaft von annähernd 4000 Personen erwerbslos geworden.

Nicht allein diese katastrophale soziale Auswirkung des Zusammenbruchs des Wagner & Moras-Konzerns, sondern auch die Entstehung desselben und seine eigenartigen Verkaufsmethoden im sogenannten „Direkt-System“ lassen eine eingehende Betrachtung über Entwicklung und Zusammenbruch von besonderem Interesse erscheinen.

Im August 1924 wurde durch Zusammenschluß der Firmen Wagner & Moras A.-G., Zittau, Wagner & Co., Döberdorf, und Hermann Wünsches Erben, Ebersbach, unter dem Namen „Bereinigte Deutsche Textilwerke, Aktiengesellschaft“ der Konzern gebildet.

Bei der Gründung umfaßte der Konzern: 2 Baumwollspinnereien mit ca. 110 000 Spindeln, 2 Wagnespinnereien mit annähernd 10 000 Spindeln, 3 Webereien mit ca. 2500 Webstühlen zur Herstellung von Baumwoll-, Halbwooll- und Kunstfaserweben. In diesen Werken wurden damals annähernd 3500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Später wurde noch die Seidenweberei S. Heymann, Dörflich, welche schon lange Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, dem Konzern angegliedert.

Unter der Auswirkung der Nach-Inflationskonjunktur erfolgte in den verschiedenen Werken eine außerordentlich starke Kapazitätsausweitung und Produktionssteigerung. So wurde z. B. in der Abteilung Baumwollspinnerei Zittau die Spindelzahl von ca. 53 000 auf 63 000 erhöht, während bezeichnenderweise die Beschäftigtenzahl von ca. 550 auf 450 zurückging. Gleichzeitig wurde in mehreren Abteilungen die Produktion auf Doppelschichtarbeit eingerichtet und wesentlich gesteigert. Mit dem Eintritt der Wirtschaftskrise machte sich bald schon die nachteilige Auswirkung des forcierten Zusammenstufes — durch Angliedern unrentabler Werke, Kapitalüberbelastung und Ueberausweitung des Produktionsapparates und nicht zuletzt durch einen überhöhten Verwaltungsapparat — bemerkbar. Neue Direktorenposten wurden geschaffen und besetzt und zahlreiche interessierte Persönlichkeiten finanziell bedacht. Daß dabei die Leitung des Unternehmens nicht kleinlich in der Regelung der Bezüge der leitenden Persönlichkeiten war, zeigt das vor wenigen Tagen in der lokalen Presse veröffentlichte Dementi, wonach die fünf Aufsichtsratsmitglieder des Konzerns nach dem 1. April d. J. (also als längst das Unternehmen mit schweren finanziellen Nöten zu kämpfen hatte) „nur mit wenig über 100 000 Mk. Einkommen hatten“. Vor dem 1. April

mar, so wird verschämt zugegeben, dieses Einkommen um 25 Prozent höher; wie groß es zu einem früheren Zeitpunkt war, darüber schweigt der fragliche Bericht.

Bereits im Herbst 1930 waren die Verbindlichkeiten so angewachsen, daß in irgendeiner Form eine Sanierung vorgenommen werden mußte. Durch Uebernahme eines größeren Aktienpaketes durch die Firma Reis & Co., Friedrichsfeld, und Bereitstellung größerer Kredite verschiedener Banken wurde die Fortführung der Gesellschaft unter der neuen Firma:

„Bereinigte Textilwerke Wagner & Moras A.-G., Zittau,“ weiterhin gesichert. Gleichzeitig wurde dem Konzern die „Baumwollspinnerei Speyer“ — deren vollständige Stilllegung bereits am 30. 4. 1932 erfolgt ist — durch Pacht angegliedert.

Diese im November 1930 vorgenommene Sanierung sollte aber den Anfang zum vollständigen Zusammenbruch bedeuten. Der Verwaltungskörper wurde durch eine ganze Anzahl neuer Direktoren und höherer Verwaltungsbeamten noch mehr verstärkt, während gleichzeitig ein erheblicher Abbau von kleineren Angestellten und Arbeitern einsetzte. Hand in Hand damit erfolgte eine starke Mehrbelastung der Belegschaft. Hier „sparte man ein“ — durch Uebergang zum Mehrschichtsystem auf 6, 8, 12 und 20 Stühlen und Einführung des Mehrschichtsystems in der Spinnerei mit statt 450 bis zu 750-1000 Spindeln.

Im Herbst 1931 wurde dann das sogenannte „Direkt-Läden-System“ eingeführt. Innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit wurden in den verschiedensten Gegenden Deutschlands annähernd 200 Direkt-Verkaufsstellen unter der Kunden-Bezeichnung: „Kaufe aus erster Hand“, errichtet, die den Direktabsatz der Erzeugnisse des Konzerns unter Ausschaltung des Zwischenhandels bezweckten.

Neben den bereits erwähnten Umständen ist nicht zuletzt diese Organisation des Direkt-Läden-Systems Ursache zum Zusammenbruch des Konzerns gewesen. Die Einrichtung dieser 200 Verkaufsstellen brachte nicht nur erhebliche neue Kapitalfestlegungen durch Mieten, Inventarbeschaffung, Ausbauten und Reklame etc., sondern auch erhebliche Personalkosten, die von der Firma außerordentlich großzügig behandelt wurden. So brachte die durch das „Direkt-System“ erstrebte Ausschaltung des Zwischenhandels, dank dieser großzügigen Organisationsmaßnahmen der Verwaltung, dem Unternehmen weitere erhebliche Geschäftskosten, welche die Rentabilität dieses „Direkt-Systems“ von vornherein stark beeinträchtigten.

Wider Erwarten aber spielte sich dieses „Direkt-System“ nicht so ein, wie die Firma erwartet hatte. Nach anfänglich gutem Verkauf trat bald ein merklicher Rückschlag ein, der jedoch bei der Produktionsführung des Konzerns nicht die notwendigen Konsequenzen fand. Während trotz Schließung verschiedener Verkaufsstellen neue Verkaufsstellen eröffnet wurden und die Lagerbestände in Verkaufsstellen und Werken à Konto des Direkt-Systems immer mehr vergrößert wurden, blieben die Aufträge der Großlisten aus Konkurrenzgründen bald völlig aus, wogegen Aufträge von Großabnehmern in Garnen nicht oder verspätet zur Ausführung kamen. Die Folge war, daß im Gegensatz zu dem erwarteten finanziellen Erfolg sich das „Direkt-System“ zu einer erheblichen weiteren finanziellen Belastung des Konzerns auswirkte und darüber hinaus demselben den offenen Borkott des Groß- und Einzelhandels einbrachte.

Den endgültigen Anlaß zum Zusammenbruch gab unter diesen Umständen schließlich der Ausgang eines jahrelangen Prozesses, den der Konzern mit den ehemaligen Inhabern der übernommenen Ebersbacher Teilbetriebe — Wünsches Erben — wegen beträchtlicher Regressansprüche der letzteren aus dem Verkauf führte. Durch reichsgerichtliche Entscheidung wurde der Prozeßanspruch der Wünsches-Erben grundsätzlich anerkannt und der Wagner & Moras A.-G. eine Zahlungspflicht von mehreren Mill. Mark — nominell noch festzustellen — auferlegt. Diese Regresspflicht gab offenbar für die Entschlebung des Aufsichtsrates zur Einleitung des Vergleichsverfahrens und Stilllegung der Werke den letzten Ausschlag.

Es bleibt jetzt noch die Frage offen, was wird nun? Was wird aus dem Konzern, welches Schicksal steht den angeschlossenen Werken resp. der Belegschaft dieser Betriebe bevor. Darüber irgendwelche Kombinationen zu machen, wäre verfrüht. Das eine aber kann gesagt werden, daß die Lösung der Sanierungsfrage, ganz gleich in welcher Form dieselbe vor sich gehen soll, auf, wie es im Augenblick aussieht, fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird. Gegen eine evtl. finanzielle Unterstützung von Staats wegen steht eine bis aufs äußerste gestülpte Abwehrfront des Groß- und Einzelhandels kampfbereit. Das würde also bedeuten, daß eine etwaige Unterstützung von Seiten des Staates, wenn eine solche bei der jetzigen Leere der Staatskassen überhaupt noch in Erwägung gezogen werden kann, nur in Frage käme, wenn mit dem jetzt bestehenden System Schluß gemacht wird und auf den früheren Modus — Fertigfabrikation und Verkauf durch Großlisten an den Kleinhandel — hingewirkt wird. Das bedeutet natürlich die Preisgabe eines mit einem ungeheuren Kapitalaufwand errichteten Verkaufsstellensystems und gleichzeitig des so investierten Kapitals.

Auflösung des Konzerns, Stilllegung unrentabler Produktionsabteilungen, dafür Ausbau der bis jetzt lebensfähig gebliebenen Werke, wäre menschlicher Voraussicht nach nur die einzige Möglichkeit, das zu retten, was noch zu retten ist, und vielen jetzt zur Erwerbslosigkeit verdammten wieder Arbeit und Verdienst zu schaffen.

Allgemeine Rundschau

Frankreich droffelt die deutsche Strampfeinfuhr.

Frankreich ist bekanntlich dasjenige Land, das in der Reparationspolitik den größten Druck auf Deutschland ausübt. Deutschland muß zahlen, ob es kann oder nicht, so lautet die Parole. Soll Deutschland Reparationen zahlen, so ist das — darüber besteht wohl kein Zweifel — nur durch starke Ausfuhr möglich. Frankreich droffelt den deutschen Export aber

nicht nur im großen, sondern auch im kleinen. So hat es neuerdings Bestimmungen erlassen, nach denen aus Deutschland zwischen dem 20. März und dem 30. Juni nur etwa 40 000 Dugend baumwollene und 1000 Dugend kunstfaserne Socken oder Strampfe aus Deutschland eingeführt werden dürfen. Für Woll- und Seidenwaren ist ein Kontingent von rund 22 000 bezw. 18 000 Kilogramm festgesetzt worden. Ein Widerstand in sich selbst: Wir können nur durch Ausfuhr zahlen, die Ausfuhr wird aber gedrosselt.

